

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG.



# «KEIN PANZER GEHT IN KRIEGSGEBIETE»

**Irrtümer und Mythen über  
Waffenexporte - und warum  
wir ihr Verbot brauchen**

**luxemburg argumente**

Deutschland sollte keine Waffen mehr exportieren. Denn jede Waffe findet ihren Krieg. Alle 60 Sekunden wird irgendwo auf der Welt ein Mensch erschossen. Das sind 500.000 Männer, Frauen und Kinder jedes Jahr. Deutschland ist als einer der größten Rüstungsexporteure der Welt für viele dieser Toten mitverantwortlich.

Rüstungsexporte begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Denn sie schaffen erst die Voraussetzung für die gewaltsame Austragung von Konflikten. Und sie versetzen autoritäre Regime in die Lage, die eigene Bevölkerung zu unterdrücken und zu terrorisieren. Waffenlieferungen zementieren Machtverhältnisse, gerade dort, wo Demokratie und Menschenrechte prekär sind.

Jeder Euro, der mit Tod, Leid und Repression verdient wird, ist einer zu viel. Um diese tödlichen Exporte zu verhindern, gibt es nur einen Weg: ein gesetzlich verankertes, absolutes Verbot von Waffenexporten. Das ist nicht nur eine schöne Vision, sondern ein klares Ziel, das viel realistischer ist, als viele denken.

Denn es bewegt sich etwas in Deutschland. Die Kritik an den tödlichen Exporten reißt nicht ab, viele Menschen in allen Ecken des Landes machen seit Jahren mobil, auch in Kirchen und Gewerkschaften werden die kritischen Stimmen lauter. Gerade der Protest gegen Waffenexporte könnte ein neuer Kristallisationspunkt für die Friedensbewegung in Deutschland sein. Ob es klappt, liegt an uns.

# INHALT

|           |  |    |
|-----------|--|----|
| <b>1</b>  | <b>Wenn wir nicht liefern, liefern die anderen</b>   | 2  |
| <b>2</b>  | <b>Nirgends auf der Welt wird der Waffenexport so streng kontrolliert wie in Deutschland</b> | 5  |
| <b>3</b>  | <b>Da hängen so viele Arbeitsplätze dran</b>   | 9  |
| <b>4</b>  | <b>Es werden keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert</b>                         | 13 |
| <b>5</b>  | <b>Waffenexporte helfen, Länder und Regionen zu stabilisieren</b>                            | 14 |
| <b>6</b>  | <b>Aber Waffen für die Kurd*innen, das ist doch in Ordnung?</b>                              | 16 |
| <b>7</b>  | <b>Wir können NATO-Partnern keine Waffen verweigern</b>                                      | 18 |
|           | <b>Infografiken zum Thema Waffenexporte</b>  | 19 |
| <b>8</b>  | <b>Alles, was schwimmt, geht</b>   | 23 |
| <b>9</b>  | <b>Ohne Exporte ist die Waffenindustrie nicht überlebensfähig</b>                            | 24 |
| <b>10</b> | <b>Ein Rüstungsexportgesetz und Endverbleibskontrollen sind doch eine gute Lösung</b>        | 27 |
| <b>11</b> | <b>Eine Schraube macht noch keinen Panzer</b>  | 29 |
|           | <b>Wie läuft das ab?</b>   | 32 |
|           | Deutsche Waffen für den Export:  |    |
|           | Das Genehmigungsverfahren in Deutschland   | 32 |
|           | Waffenexporte in Zahlen  | 34 |
|           | <b>Was tun? Widerstand ist möglich!</b>  | 38 |

## **WENN WIR NICHT LIEFERN, LIEFERN DIE ANDEREN**

Das ist wohl der häufigste Einwand, den die zu hören bekommen, die ein komplettes Exportverbot für Waffen und Rüstungsgüter fordern. Deutschland mag dann vielleicht, so das Argument, eine weiße Weste haben, aber es würde sich nichts an den Kriegen in dieser Welt ändern. Und außerdem würden dann die, die weiter hemmungslos Waffen verkaufen, auch noch das Geld verdienen.

### **Was ist dran?**

Es stimmt natürlich: Sobald Deutschland keine Sturmgewehre mehr verkauft, werden sich die Käufer an andere Länder wie Belgien, die USA oder Russland wenden. Aber das Argument ist trotzdem aus zwei Gründen falsch.

2

Erstens aus moralischen Gründen: Nur weil andere etwas tun, das falsch ist, wird es dadurch nicht richtig. Nur weil mein Nachbar Drogen verkauft, muss ich das nicht auch tun. Beides ist und bleibt falsch. Die Folgen des eigenen Handelns lassen sich nicht wegwischen, indem man auf andere zeigt.

Zweitens aus politischen Gründen: Ein Exportverbot in Deutschland würde weltweit ein Zeichen, eine Norm setzen. Andere Länder werden folgen. Die Welt wird nur durch die verändert, die vorangehen! Es geht nicht darum, dass wir hier in Deutschland das Richtige tun, um mit dem moralischen Zeigefinger auf andere zu zeigen. Das Ziel ist die Einschränkung des weltweiten Waffenhandels – und dafür muss irgendwer den Anfang machen. Sollte es in Deutschland zum Verbot kommen, würde dies andere Exportnationen innenpolitisch weiter unter Druck setzen. Sie könnten sich nicht mehr darauf berufen, dass das alle anderen ja auch tun.

Andere Beispiele aus dem Bereich der Abrüstung zeigen, dass Verbote sehr wohl weltweit wirken können, selbst wenn sie nicht in allen Ländern gelten: Jahrelang wurde bei den Vereinten Nationen um ein Verbot von Landminen gestritten, ohne Er-

folg. Denn die großen Länder wie China, die USA oder Russland wollten ein solches Verbot verhindern. Dann scherten einige kleinere Länder aus und setzten in der Ottawa-Konvention ein eigenes, komplettes Landminenverbot durch. Gleiches gilt für das Verbot von Streumunition. Obwohl die großen Länder dieses Abkommen bis heute nicht ratifiziert haben, sind Waffen dieser Art mittlerweile weltweit geächtet. Selbst die USA halten sich aufgrund des internationalen Drucks weitgehend an das Landminenverbot. Sobald irgendwo auf der Welt Streumunition oder Landminen eingesetzt werden, geht ein Aufschrei um den Globus – ein sichtbarer Ausdruck der Norm, die dadurch gesetzt wurde, dass einzelne Länder den ersten Schritt getan haben.

Genau darum geht es auch bei Waffenexporten. Wir dürfen den Einfluss der Politik in Deutschland auf den Rest der Welt nicht unterschätzen: Deutschland gehört nicht nur zu den wichtigsten Wirtschaftsmächten, sondern eben auch zu den größten Waffenexporteuren weltweit (→ Infografik, S. 19). Zudem genießt Deutschland in fast allen Ländern einen sehr guten Ruf. Deshalb könnte Deutschland sehr wohl ein starkes Zeichen setzen, dem andere Länder sehr bald folgen würden – nicht nur in der EU.

3

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der internationale Vertrag zum Waffenhandel (Arms Trade Treaty – ATT) so wichtig. Auch wenn dieser Vertrag, der im Jahr 2013 geschlossen wurde, bislang eher zahnlos ist und relativ wenig einschränkt, kann er doch der Ausgangspunkt sein, um weiter gehende Verbote und Einschränkungen in internationales Recht umzusetzen.

Was es dafür braucht, ist Mut und die Bereitschaft, Verantwortung für Frieden und Abrüstung zu übernehmen. Mut bei den Regierenden in Deutschland, in der Abrüstung eigenständig einen Schritt voranzugehen. Ohne solche mutigen, einseitigen Schritte gäbe es heute viele der wichtigen Abrüstungsabkommen gar nicht. So entschied zum Beispiel US-Präsident Nixon 1969, die biologischen Waffen in den USA abzuschaffen und, darauf aufbauend, ein internationales Abkommen zum Verbot der biologischen Waffen anzustreben. Nur drei Jahre später war es so weit und die Biowaffenkonvention wurde verabschiedet.



91B

## **NIRGENDS AUF DER WELT WIRD DER WAFFENEXPORT SO STRENG KONTROLLIERT WIE IN DEUTSCHLAND**

Mit diesem Satz sind viele von uns aufgewachsen, wir alle haben ihn wahrscheinlich schon mehr als einmal gehört. Es ist das Standardargument aller Regierungen in den letzten Jahrzehnten und soll suggerieren, dass aus Deutschland wirklich nur wenige Waffen an absolut vertrauenswürdige Länder exportiert werden. In jedem Einzelfall, so wird behauptet, wird streng geprüft, ob der Export politisch und moralisch zu verantworten ist.

### **Was ist dran?**

Gar nichts. Es ist eine reine Schutzbehauptung, denn die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache: Fakt ist, dass Deutschland (1) Waffen in viele Kriegs- und Krisengebiete exportiert und an diktatorisch regierte Länder verkauft, dass (2) 99 Prozent aller Exportanträge genehmigt werden, dass (3) die Ausfuhrbestimmungen extrem vage sind und dass (4) die Bundesregierung ein Eigeninteresse an Waffenexporten hat.

(1) Ein Blick in die Welt zeigt uns, dass die deutschen Kontrollen so streng nicht sein können. Seit vielen Jahren analysieren Rüstungskritiker\*innen Bilder und Videos von den Konflikten in dieser Welt, und in fast jedem Fall haben sie dabei auch deutsche Waffen gefunden – in Kriegen, Bürgerkriegen, Aufständen in allen Weltregionen. Es gibt kaum einen bewaffneten Konflikt, in dem keine deutschen Waffen im Einsatz sind (→ Infografik, S. 20 f.).

Im Jemen-Krieg beispielsweise wurden auf allen Seiten Waffen aus Deutschland identifiziert.<sup>1</sup> In Syrien kämpft das Assad-Regime genauso mit deutschen Waffen wie die verschiedenen Rebellengruppen. Auch der sogenannte Islamische Staat führt Krieg mit Waffen aus Deutschland. In Afghanistan werden

<sup>1</sup> Friederichs, Hauke: Jemens Krieg und Deutschlands Beitrag, in: Die Zeit 29/2018, unter: [www.zeit.de/2018/29/waffenexporte-bundesregierung-jemen-krieg](http://www.zeit.de/2018/29/waffenexporte-bundesregierung-jemen-krieg).

deutsche Waffen auf dem Schwarzmarkt verkauft, die Bundeswehr selbst hat sie bei den Taliban gefunden.<sup>2</sup> Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Jedes Jahr genehmigt die Bundesregierung Rüstungsexporte in rund 120 Länder. Die Liste der deutschen Waffenexporte der letzten zehn Jahre zeigt, dass den deutschen Rüstungsfirmen kaum Grenzen gesetzt sind (→ Infografik, S. 20 f. und Tabelle 2, S. 37).

(2) Wenn wirklich streng kontrolliert und in jedem Einzelfall eine kritische Prüfung stattfinden würde, dann müsste es auch eine signifikante Anzahl von Fällen geben, in denen Exportanträge abgelehnt werden. Sollte man meinen. In der Realität werden aber praktisch alle Anträge am Ende auch genehmigt. Im Jahre 2017 gab es zum Beispiel insgesamt 11.491 Anträge auf Rüstungsexporte, davon wurden gerade mal 89 (in Worten: neunundachtzig) abgelehnt.<sup>3</sup> Das sind nicht einmal 0,8 Prozent. Das gesamte System ist auf «Ja» gestellt, es findet ganz offensichtlich keine kritische Prüfung statt. Diese Zahlen legen den Schluss nahe, dass Waffenexporte in Deutschland vielleicht ganz hervorragend verwaltet, nicht aber kontrolliert werden (→ Deutsche Waffen für den Export: Das Genehmigungsverfahren in Deutschland, S. 32).

Der genaue Grund für die wenigen Ablehnungen bleibt meistens im Dunkeln, die Bundesregierung veröffentlicht dazu keine genaueren Angaben. Einen kleinen Einblick in die Logik der Ablehnungen wurde 2017 gewährt, als die Bundesregierung zehn (von insgesamt 148) Anträgen auf Rüstungsexporte in die Türkei ablehnte. Begründet wurde dies im Rüstungsexportbericht 2017 mit der Menschenrechtslage, der inneren Lage in der Türkei sowie mit dem Risiko, dass die exportierten Militärgüter abgezweigt oder weiter exportiert werden könnten. Anfang 2017 waren die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei äußerst angespannt, vor allem wegen der Verhaftung mehrerer deutscher Staatsbürger\*innen. Die

2 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der LINKEN, Bundestags-Drucksache 17/10413, unter: [www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/07/Antwort-der-Bundesregierung-auf-KA-Waffenfunde-Afghanistan.pdf](http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/07/Antwort-der-Bundesregierung-auf-KA-Waffenfunde-Afghanistan.pdf). 3 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2017. Rüstungsexportbericht 2017, Berlin 2018, unter: [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestingsexportbericht-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestingsexportbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=7).



Annahme scheint berechtigt – auch wenn es so klar nie von der Bundesregierung kommuniziert wurde –, dass die Ablehnungen von Waffenexporten Druck auf die türkische Regierung ausüben sollten.

Es gibt an dieser Stelle häufiger das Gegenargument, dass Firmen vielleicht gar keinen Antrag stellen, von dem sie wissen, dass er aussichtslos ist. Das ist sicherlich auch richtig, aber erklärt noch lange nicht die horrend hohe Genehmigungsrate von über 99 Prozent. Denn die Waffenfirmen werden natürlich immer wieder versuchen, die Grenzen auszureizen – sie würden schlichtweg ihren Job nicht tun, wenn sie von vornherein mit der Schere im Kopf viele Geschäfte gar nicht angehen würden, nur weil die Bundesregierung den Antrag – vielleicht – ablehnt.

(3) Es gibt keine klaren Kriterien, nach denen ein Rüstungsexport auf jeden Fall abgelehnt werden muss (→ Deutsche Waffen für den Export: Das Genehmigungsverfahren in Deutschland, S. 32). Die «Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern»<sup>4</sup> haben keinen Gesetzescharakter, sondern sind selbst formulierte Kriterien für die Genehmigungsverfahren. Auf den ersten Blick lesen sie sich sogar recht positiv, Menschenrechte werden dort ebenso betont wie eine nachhaltige Entwicklung in den Empfängerländern. Tatsächlich sind die Formulierungen der «Politischen Grundsätze» aber so gewählt, dass am Ende praktisch jede Waffe in fast jedes Land geliefert werden kann. Nur ein Beispiel, bei dem es besonders deutlich wird:

In Abschnitt III der «Politischen Grundsätze» werden die «sonstigen Länder» behandelt, das sind Länder, die nicht zur EU oder zur NATO gehören. Sie werden auch «Drittländer» genannt. Unter Ziffer 2 heißt es dort klipp und klar: «Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, ...» Diese Deutlichkeit bezeugt den Willen der damaligen rot-grünen Bundesregierung, die diese Grundsätze formuliert hat, keine Länder außer die Bündnispartner mit Kriegswaffen zu beliefern. Allerdings folgt ein Nachsatz, der die Hintertür öffnet, um Waffenexporte im Einzelfall

<sup>4</sup> Das Dokument ist online zu finden unter: [www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/PolitischeGrunds%C3%A4tze\\_BR\\_R%C3%BCstung.pdf](http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/PolitischeGrunds%C3%A4tze_BR_R%C3%BCstung.pdf).

doch genehmigen zu können: «..., es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland [...] für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen».

Selbst diese Formulierung hört sich immer noch recht restriktiv an, es geht nur um Einzelfälle und um Ausnahmen. Die Realität sieht allerdings deutlich anders aus: Im Jahre 2017 wurden sage und schreibe 59,6 Prozent aller Kriegswaffengenehmigungen für sogenannte sonstige Länder erteilt (1,58 Milliarden Euro von insgesamt 2,65 Milliarden Euro).<sup>5</sup> Das ist keine Ausnahme, kein Einzelfall mehr, sondern die Regel, die die Mehrheit der Fälle betrifft. Möglich ist das nur, weil die Kriterien derart vage formuliert sind. Das «sicherheitspolitische Interesse der Bundesrepublik Deutschland» schlägt im Zweifelsfall alle anderen Kriterien – und am Ende wird fast alles erlaubt.

8

(4) Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum das so ist. Warum exportiert Deutschland derart hemmungslos Waffen in alle Welt, anstatt streng zu kontrollieren? Als Linke denken wir in der Regel vor allem ökonomisch, bei Waffenexporten sehen wir in erster Linie die Waffenindustrie und Rüstungslobbyisten (→ Argument 3). Tatsächlich ist das ökonomische Interesse aber nur einer von zwei zentralen Gründen für Waffenexporte. Es gibt auch ein ureigenes Interesse der Bundesregierung, solche Exporte zu genehmigen und zu befördern: Waffenexporte sind für alle Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte immer auch ein Mittel der Außenpolitik gewesen, um die Beziehungen zu anderen Ländern zu pflegen. Wenn die Bundesregierung zu einem bestimmten Land engere Beziehungen knüpfen möchte, kommt es häufiger vor, dass dieses Land nach der Belieferung mit bestimmten Waffen fragt – die dann aus Gründen der Beziehungspflege genehmigt wird.

Auf dieses Mittel der Außenpolitik mochte keine der früheren Regierungen verzichten, auch die rot-grüne nicht. Deshalb sind die «Politischen Grundsätze» so gespickt mit Ausnahmen und Hintertüren, und deshalb sind selbst die Grünen bis heute ge-

gen ein komplettes Exportverbot – auch sie wollen noch einmal Außenministerin werden und sich dieses ebenso einfache wie falsche Instrument der Außenpolitik nicht selbst aus der Hand nehmen (→ Infografik, S. 22).

Hinzu kommt der zuerst genannte Punkt: Natürlich versteht sich die Bundesregierung als Wahrerin der Interessen der deutschen Wirtschaft. Besonders deutlich formuliert hat das im Juli 2018 der ehemalige Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, der viele Jahre für den Export von Kriegswaffen zuständig war. In einem Strafprozess gegen Heckler & Koch<sup>6</sup> sagte er als Zeuge aus und formulierte unverhohlen, sein Ministerium heiße «Ministerium *für* Wirtschaft» und habe dementsprechend ein Interesse daran, dass Waffenhersteller wirtschaftlich überleben können.

Und damit nicht genug: Das Märchen von den strengen Kontrollen wird nicht nur in Deutschland erzählt, sondern zum Beispiel auch in Dänemark und der Schweiz. Das zeigt vor allem eines: Waffenexporte werden ganz offensichtlich in fast allen Ländern gleich schlecht kontrolliert.

### 3

## DA HÄNGEN SO VIELE ARBEITSPLÄTZE DRAN

Häufig wird der Forderung nach einem absoluten Waffenexportverbot mit dem Argument begegnet, man könne doch nicht einfach einen ökonomisch so wichtigen Wirtschaftszweig wie die Rüstungsindustrie in den Ruin treiben und Zehntausende Arbeitnehmer\*innen auf die Straße setzen.

### Was ist dran?

So sehr das Arbeitsplatzargument – gerade auch von den Regierungsparteien – immer wieder ins Spiel gebracht wird – die Bundesregierung selbst schließt es für sich aus: In den «Politischen Grundsätzen der Bundesregierung» zu Rüstungsexpor-

<sup>6</sup> Siehe auch das Dossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Analysen und Berichten zum Prozess gegen Heckler & Koch unter: [www.rosalux.de/dossiers/waffenexporte/](http://www.rosalux.de/dossiers/waffenexporte/).

ten heißt es unmissverständlich: «Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.»<sup>7</sup> Damit ist eigentlich alles gesagt.

Tatsächlich ist die Zahl der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie relativ klein und der ökonomische Wert von Rüstungsexporten fällt kaum ins Gewicht. Trotzdem muss das Ziel natürlich der Erhalt der Arbeitsplätze sein – durch die Umstellung auf eine zivile Produktion.

Es gibt immer noch den Irrglauben, dass die Rüstungsindustrie ein ökonomisches Schwergewicht sei. Nach Angaben der Bundesregierung liegt der Anteil der Kriegswaffenexporte an allen deutschen Exporten aber bei gerade mal 0,21 Prozent.<sup>8</sup> Im Vergleich zu Maschinen, Autos oder Dienstleistungen ist die Rolle, die Waffenexporte in der deutschen Wirtschaft spielen, zu vernachlässigen.

10

Es gibt leider keine unabhängigen Zahlen zu den Beschäftigten in der Rüstungsproduktion. Über viele Jahre hat die Industrie mit der Zahl von 80.000 Arbeitsplätzen gearbeitet, die halbwegs realistisch klingt. Im Jahr 2012 legte dann der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) eine eigene Studie vor, der zufolge direkt in Waffenproduktion lediglich 17.000 Menschen beschäftigt sind. Unter Hinzurechnung aller Unternehmen, die im weitesten Sinne Sicherheitstechnologien produzieren, kam der BDSV auf 98.000 direkt Beschäftigte.

Auch der genaue Anteil der Exporte an der gesamten Rüstungsproduktion in Deutschland ist nicht bekannt. Orientiert man sich an verschiedenen Eckdaten, ist es realistisch, von einem rund 50-prozentigen Anteil auszugehen.

Das würde bedeuten, dass bei einem kompletten Verbot aller Rüstungsexporte ungefähr 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze wegfallen würden. Zum Vergleich: Bei der Schlecker-Pleite 2012 haben rund 25.000 Menschen quasi über Nacht ihren Job verloren.

<sup>7</sup> Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000, unter: [www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/PolitischeGrunds%C3%A4tze\\_BR\\_R%C3%BCstung.pdf](http://www.waffenexporte.org/wp-content/uploads/2011/06/PolitischeGrunds%C3%A4tze_BR_R%C3%BCstung.pdf). <sup>8</sup> BMWi: Rüstungsexportbericht 2017.



KONVERSION

973

Zudem sind die meisten Beschäftigten in der Rüstungsindustrie hoch qualifiziert. Angesichts des heutigen Fachkräftemangels dürften sie deshalb schnell eine neue Anstellung finden. Allerdings stecken natürlich hinter jedem einzelnen Arbeitsplatz, der wegfällt, ein Mensch und eine persönliche Geschichte, die ernst genommen werden müssen. Gerade als Linke haben wir eine Verantwortung, uns auch für jede einzelne Frau und jeden einzelnen Mann einzusetzen, deren Arbeitsplätze bedroht sind. Deshalb heißt unsere Lösung nicht einfach Zerschlagung der Rüstungsindustrie, sondern Konversion, die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion und dadurch den Erhalt der Arbeitsplätze.

Konversion ist keine Erfindung der Linken, das Prinzip steht schon in der «Bibel»: Schwerter zu Pflugscharen! Interessanterweise sind einige der heutigen Waffenschmieden auf umgekehrtem Wege entstanden: Krauss-Maffei-Wegmann zum Beispiel hat mit der Produktion von Eisenbahnwaggons und Lokomotiven begonnen – Konversion verkehrt herum sozusagen.

Die Idee der Konversion war im Westdeutschland der 1980er Jahre schon einmal weitverbreitet. In mehreren Rüstungsbetrieben sind Arbeitskreise zur alternativen Produktion entstanden, die aus der Binnenperspektive Ideen entwickelt haben, welche zivilen Produkte an den jeweiligen Standorten hergestellt werden könnten. Das ist nach wie vor der richtige Weg – ein allgemeines Konversionsrezept auszuarbeiten, das an den Realitäten der Betriebe vorbeigeht, erscheint wenig sinnvoll. Staatliche Unterstützung sollte in Form von Know-how bereitgestellt werden, zum Beispiel durch die Einrichtung von Konversions-Lehrstühlen oder -Forschungsschwerpunkten an den Universitäten.

Auch den Gewerkschaften kommt hier eine wichtige Rolle zu. Bislang ist die IG Metall eher gespalten in der Frage der Rüstungsexporte. Es gibt dort viele Mitglieder, die sich auch für ein Exportverbot starkmachen, andere wiederum setzen vor allem auf den Erhalt der Arbeitsplätze und sprechen sich für Waffenexporte aus. Durch die Einrichtung und Unterstützung von Konversions-Arbeitsgruppen könnte dieser Widerspruch innerhalb der Gewerkschaften gelöst werden.

Und natürlich wird eine Umstellung auf zivile Produktion nicht einfach sein. Dabei darf aber eines nicht vergessen werden: Viele andere Betriebe befinden sich auch heute schon in einer permanenten Konversion, einfach weil der Markt ihre früheren Produkte nicht mehr braucht. Druckmaschinenhersteller zum Beispiel sind seit Jahren von der Digitalisierung massiv betroffen und arbeiten intensiv an der Umstellung auf andere Produkte. Insofern sind Rüstungsbetriebe nicht allein mit diesem Problem konfrontiert: Sie müssen sich – wie viele andere Betriebe auch – auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen.

## 4

### **ES WERDEN KEINE WAFFEN IN KRIEGS- UND KRISENGEBIETE GELIEFERT**

Haben Sie das auch gedacht? Ich jedenfalls habe das jahrzehntelang geglaubt, bevor ich mich näher mit Rüstungsexporten befasst habe.

13

#### **Was ist dran?**

Eine solche Regelung gibt es nicht und gab es nie. Es gibt einen Satz, der Franz Josef Strauß zugeschrieben wird, der das Problem auf den Punkt bringt: «Ich verstehe überhaupt nicht, was Waffen in Nicht-Spannungsgebieten verloren haben.»<sup>9</sup>

Im Kriegswaffenkontrollgesetz steht zwar in Paragraph 6, dass eine Genehmigung zu versagen ist, wenn «die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden». Aber solange die Bundesregierung Auslandseinsätze als friedensschaffende Maßnahmen oder den Irak-Krieg der USA als Selbstverteidigung einstuft, gelten diese Kriege eben nicht als «friedensstörend».

Auch in den «Politischen Grundsätzen» ist vorgesehen, dass die Bundesregierung sich gegen Exporte stellt in «Länder, die

<sup>9</sup> Zitiert nach: Der Spiegel, 17.7.1978, unter: [www.spiegel.de/spiegel/print/d-40942726.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40942726.html).

in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt». Dieser Artikel der Charta der Vereinten Nationen begründet das Selbstverteidigungsrecht der Länder und gilt – nach Ansicht der Bundesregierung – für praktisch alle bewaffneten Konflikte, in die Bündnispartner verwickelt sind. Selbst wenn sich mit dieser Formulierung begründen ließe, dass nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Afrin in Syrien die Türkei nicht weiter beliefert werden dürfte, wäre dies ein Einzelfall. Und eben kein generelles Verbot, in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Waffen gerade auch dahin geliefert werden, wo sie akut gebraucht werden: in Regionen, in denen bewaffnete Konflikte ausgetragen werden, und an kriegsführende Länder. Nehmen wir die USA: Als sie 2003 den Irak-Krieg begonnen haben, hörten die deutschen Waffenexporte in die USA nicht auf. Oder an all die Länder, die – wie Deutschland – in Afghanistan Krieg führen. An Frankreich, das in Afrika militärisch engagiert ist. An die Türkei, die seit Jahren im bewaffneten Konflikt mit der PKK steht. An Saudi-Arabien, das Jemen bombardiert. Sie alle haben natürlich gerade wegen ihrer Kriegsbeteiligung Bedarf an neuen Waffen und Munition und trotz ihrer Kriegsbeteiligung werden sie auch aus Deutschland beliefert. Und nirgends, weder im Kriegswaffenkontrollgesetz noch in den «Politischen Grundsätzen», steht geschrieben, dass in Kriegs- oder Krisengebiete nicht exportiert werden darf.

14

5

## **WAFFENEXPORTE HELFEN, LÄNDER UND REGIONEN ZU STABILISIEREN**

Angela Merkel hat im September 2011, unter dem Druck der zunehmenden Kritik, ein neues Argument in die Debatte eingeführt, das als «Merkel-Doktrin» bekannt geworden ist: «Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein», sagte Merkel. In anderen



Worten heißt das: Deutschland müsse andere Staaten mithilfe von Waffenlieferungen in die Lage versetzen, sich selbst und andere zu schützen, um für Stabilität in den einzelnen Ländern und damit in der Welt zu sorgen.

### **Was ist dran?**

Auch dieses Argument ist schwach, sehr schwach. Denn (1) schaffen Waffen keine Stabilität und (2) hat Deutschland oft genug *beide* Konfliktparteien gleichzeitig aufgerüstet.

(1) Innerstaatlich lässt sich Stabilität niemals mit Waffengewalt herstellen. In Diktaturen lassen sich Oppositionelle oder Minderheiten für eine gewisse Zeit mit brutaler Gewalt unterdrücken, aber nicht auf Dauer. Das zeigt der Arabische Frühling genauso wie der Sturz des Schahs im Iran oder der Untergang des Apartheidregimes in Südafrika. Wer Diktaturen mit Waffenlieferungen stabilisieren möchte, macht sich erstens mitschuldig an Menschenrechtsverbrechen und wird zweitens langfristig scheitern.

15

International gesehen ist die Vorstellung, mithilfe von Waffenlieferungen Stabilität herzustellen, eine Absurdität. Denn die Aufrüstung des einen Landes führt fast immer dazu, dass sich die konkurrierenden oder Nachbarländer dadurch bedroht fühlen und ebenfalls aufrüsten. So entstehen nicht nur Rüstungswettläufe, sondern viel komplexere Bedrohungsszenarien.

(2) Es gibt viele Beispiele dafür, dass Deutschland in sich abzeichnenden oder in tatsächlichen Konflikten die Aufrüstung aller beteiligten Seiten unterstützt hat. So haben fast alle südamerikanischen Länder in den vergangenen Jahrzehnten U-Boote in Deutschland gekauft, um sich voreinander zu schützen. Eine absurde Situation: Die wechselseitige Bedrohung unter den Ländern wäre die gleiche, wenn alle auf die Aufrüstung der Marine verzichtet hätten. Die Stabilität wäre ungleich höher, weil das Fehler- und Zerstörungspotenzial viel geringer wären. Gewonnen hat in diesem Spiel nur einer: die deutsche Rüstungsindustrie.

Ähnlich verhält es sich mit den Waffenlieferungen an Griechenland und die Türkei. Die beiden Erzfeinde haben über viele Jahr-

zehnte gegeneinander aufgerüstet. Und standen laut der SIPRI-Statistik in den Jahren 2000 bis 2015 auf Platz eins und zwei der Empfängerländer deutscher Waffen.<sup>10</sup>

Stabilität kommt nicht aus Gewehrläufen, sie kommt aus demokratischer Kontrolle und aus Kooperation. Waffenexporte haben mit Stabilität nichts zu tun.

## 6

### **ABER WAFFEN FÜR DIE KURD\*INNEN, DAS IST DOCH IN ORDNUNG?**

Im Jahr 2014 entschied die Bundesregierung, die kurdischen Milizen im Nordirak, die sogenannten Peschmerga, mit Waffen zu beliefern. Ausgemusterte Gewehre, Raketen und andere Waffen der Bundeswehr im Wert von zunächst 70 Millionen Euro wurden als Geschenk der Bundesregierung abgegeben. Begründet wurde dies mit dem Schutz der Jesid\*innen und dem Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (Daesh). In der Linken entwickelte sich danach eine Debatte, ob die Lieferung an kurdische Gruppen zum Beispiel zur Verteidigung von Kobanê in Nordsyrien nicht eine sinnvolle Ausnahme für Waffenexporte sein könnte.

16

#### **Was ist dran?**

Die einfache und schnelle Antwort auf diese Frage lautet, dass von allen kurdischen Gruppen ausgerechnet die Peschmerga diejenigen waren, die die Jesid\*innen nicht geschützt und gerettet haben (das war im August 2014 die PKK). Zudem streben sie eine Abspaltung vom Irak an, um einen eigenen Nationalstaat zu gründen. Diese Zerschlagung des Irak auch noch mit Waffenlieferungen zu unterstützen kann keine richtige Politik sein. Die komplizierte Frage ist ein hypothetische: Wie wäre es mit Waffenlieferungen an die PKK oder an die fortschrittlichen Milizen im Norden Syriens, die YPG/YPJ?

<sup>10</sup> Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) erfasst seit vielen Jahren Im- und Exporte der wichtigsten konventionellen Waffen weltweit, vgl. SIPRI: Arms transfer database. Exporte aus Deutschland im Zeitraum 2000–2015, unter: [www.sipri.org/databases/armstransfers](http://www.sipri.org/databases/armstransfers).

Auch wenn wir als Linke solidarisch mit den fortschrittlichen Kräften in Kurdistan sind, bleiben Waffenlieferungen der falsche Weg. Dabei geht es nicht um eine radikalpazifistische Position, die jeglichen Waffengebrauch in jeder Situation ablehnt. Ich persönlich finde es durchaus gerechtfertigt, dass die Menschen in Kobanê sich mit der Waffe in der Hand gegen die Menschenfeinde von Daesh verteidigt haben.

Aber die entscheidende Frage für uns hier in Deutschland ist doch, welche Maßnahmen die Bundesregierung in der akuten Situation vom September 2014 am sinnvollsten hätte ergreifen können, um die kurdische Sache zu unterstützen? Damals gab es mindestens zwei mögliche und sehr effektive Interventionen, die sehr schnell zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse vor Ort hätten beitragen können:

(1) Aufbau internationalen Drucks gegenüber der AKP-Regierung in der Türkei, die zu dem Zeitpunkt die Grenze zwischen der Türkei und den Daesh-Gebieten in Nordsyrien komplett geöffnet hatte. Nacht für Nacht konnten internationale Kämpfer für Daesh samt Waffen über die Türkei ins Kriegsgebiet reisen. Die Frage lautete also: Wie könnte die Bundesregierung das Gleichgewicht der Kräfte verschieben? Indem ich die Peschmerga aufrüste oder indem ich die Aufrüstung von Daesh verhindere? Letzteres hätte vermutlich einen Konflikt mit dem Erdoğan-Regime bedeutet, den die Bundesregierung offenbar vermeiden wollte. Die Waffenlieferung war insofern ein (schlechter) Ersatz für eine viel sinnvollere und effektivere politische Handlungsoption.

(2) Gleiches gilt auch für die Geldströme zur Unterstützung von Daesh. 2014 flossen immer noch Spendengelder in Millionenhöhe aus den arabischen Staaten an islamistische Gruppen in Syrien. Die deutsche Botschaft in Katar unternahm keinerlei Anstrengungen, Geldflüsse über die islamischen Stiftungen aus dem Golfstaat nach Syrien zu stoppen. Sie musste – auf Nachfrage – eingestehen, dass sie noch nicht einmal wusste, wer in Katar für diese Fragen zuständig war.

Das Beispiel Waffenlieferungen für die Peschmerga macht deutlich, wie sehr die deutsche Außenpolitik heute von militärischem

Denken geprägt ist. Sehr oft wird bei außenpolitischen Problemen ganz schnell die Frage gestellt, wie sie sich militärisch lösen lassen. Das erinnert an ein altes asiatisches Sprichwort: Für den Mann mit dem Hammer sieht jedes Problem wie ein Nagel aus. Unser Ansatz einer internationalen Politik muss sich komplett von dieser militärischen Logik unterscheiden und auch in ganz akuten, eskalierten Krisensituationen wie in Kobanê mit einem weiter reichenden Blick analysieren und dann ergebnisoffen alle möglichen Lösungen gegeneinander abwägen.

## 7

### **WIR KÖNNEN NATO-PARTNERN KEINE WAFFEN VERWEIGERN**

Es gibt die Vorstellung, dass Deutschland als NATO-Mitglied vertraglich verpflichtet sei, anderen NATO-Staaten vorbehaltlos Waffen zu liefern. Deshalb könne ein Exportverbot nur für sogenannte Drittstaaten oder «sonstige Länder» gelten, nicht aber für EU- oder NATO-Staaten.<sup>11</sup>

18

#### **Was ist dran?**

Es gibt allenfalls eine politische Verpflichtung, aber auf keinen Fall einen vertraglichen Zwang, NATO-Staaten mit Waffen zu beliefern. Deutlich geworden ist das zuletzt 2016/17, als die Bundesregierung mehrfach Waffenlieferungen in die Türkei nicht genehmigt hat, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben, deutsche Gefangene in der Türkei freizulassen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Bundesregierung problemlos auch Waffenexporte in NATO-Staaten verweigern kann, wenn sie denn den politischen Willen dazu aufbringt.

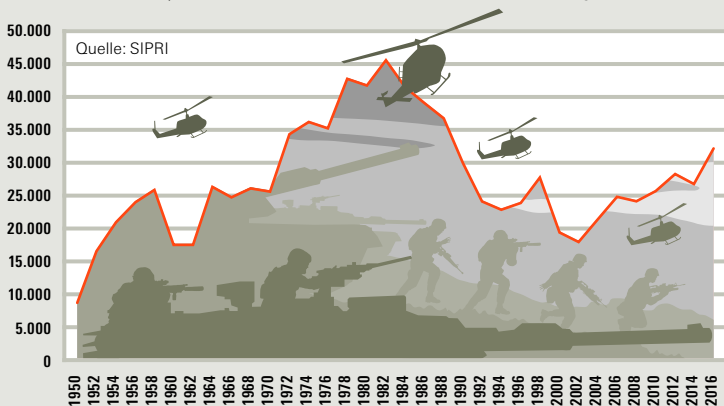
Politisch ist die Frage natürlich komplexer. Auch wenn wir es gern anders hätten: Im Moment ist Deutschland Mitglied der NATO, eines Bündnisses, das im Kern auf einer militärischen Kooperation beruht. Die Verweigerung von Waffenlieferungen

<sup>11</sup> In der deutschen Rüstungsexportpolitik gibt es den Begriff «NATO und NATO-gleichgestellte Länder», mit letzteren sind Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz gemeint, die nicht als Drittstaaten gelten, sondern wie NATO-Staaten behandelt werden.

## Waffenstarrende 1980er Jahre

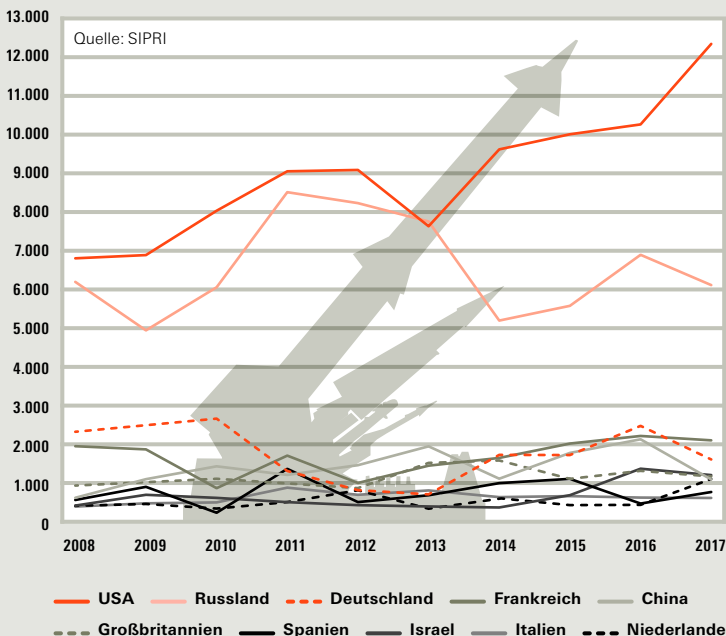
Entwicklung der weltweiten Rüstungsexporte seit 1950  
(in Millionen TIV\*)

\* vgl. S. 35, Fußnote 17



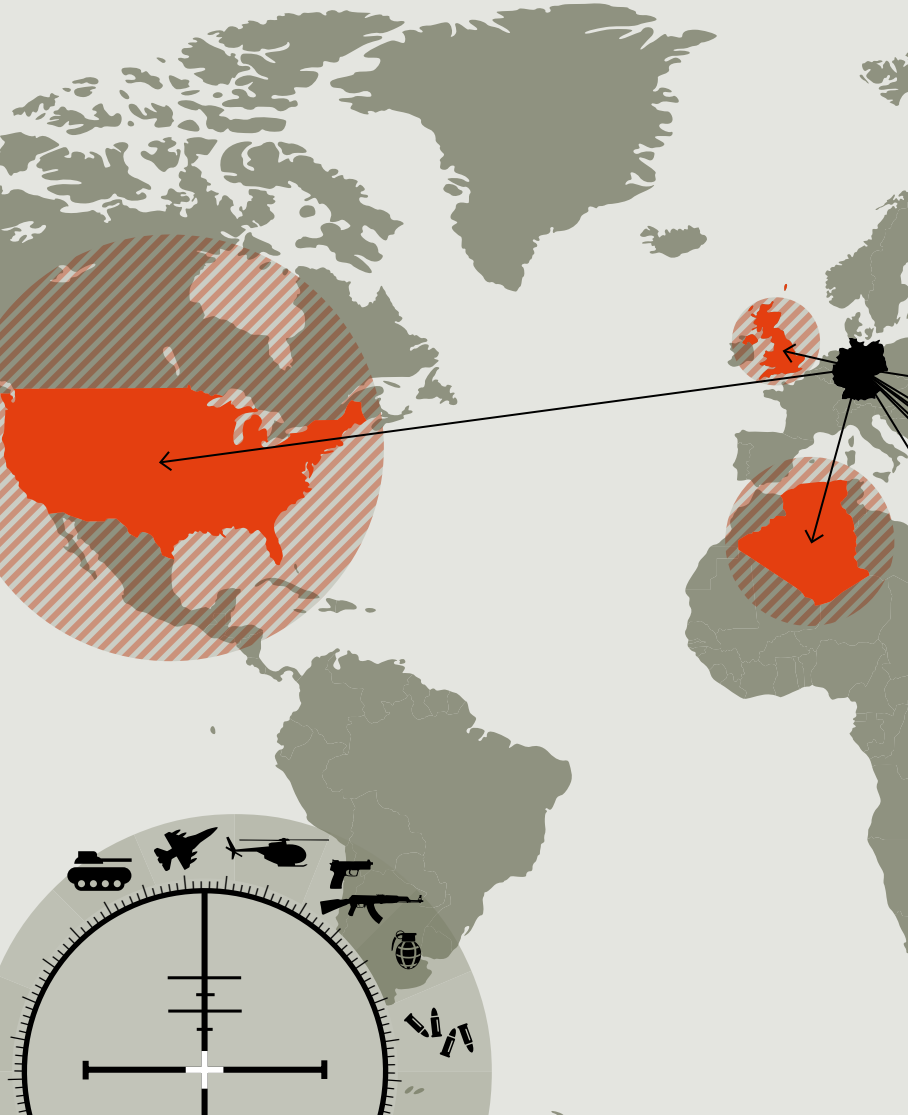
## USA vor Russland

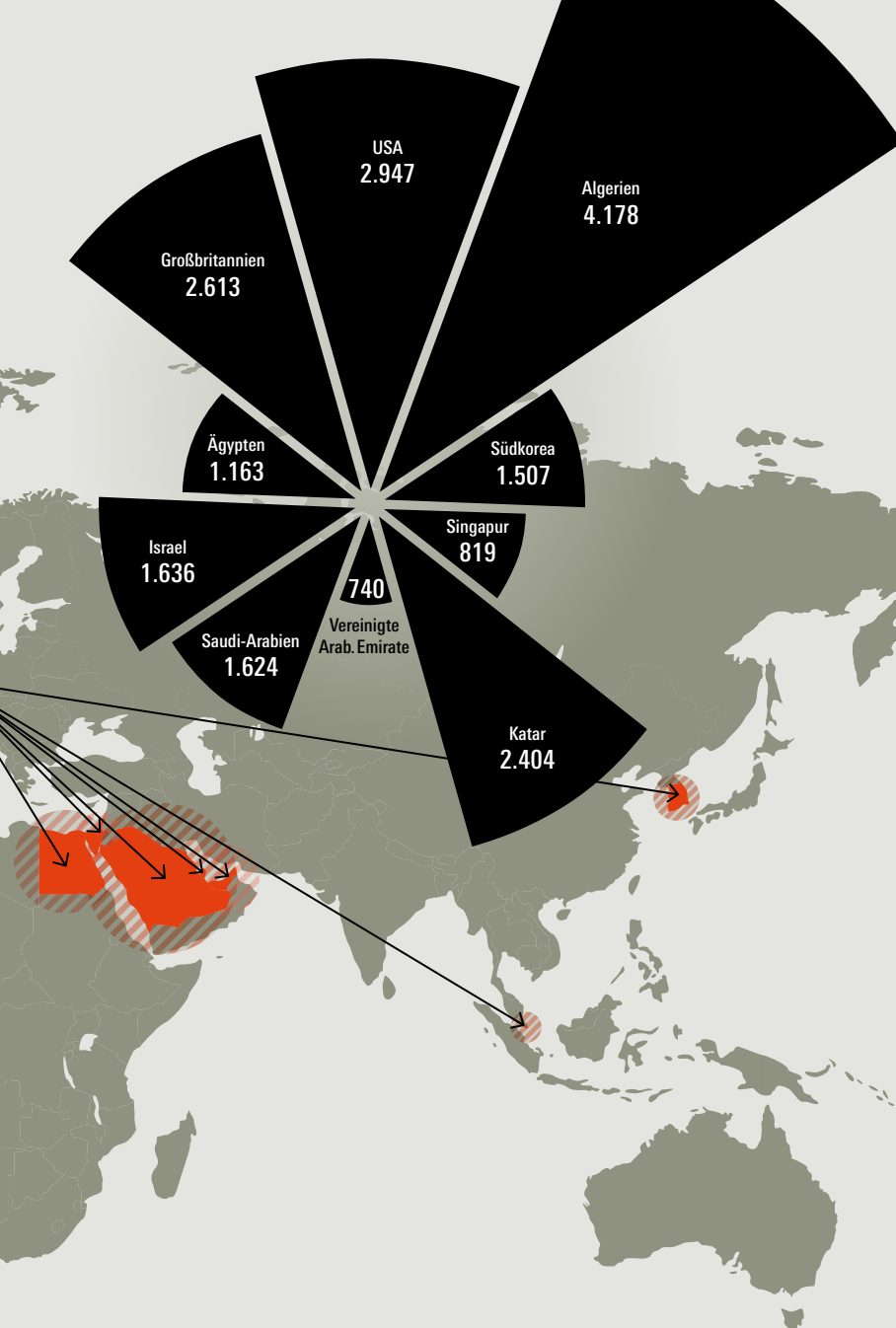
Entwicklung der Waffenexporte der zehn größten waffenexportierenden Länder weltweit (gemäß TIV-Index)



# Größte Empfängerstaaten

Top-10-Zielländer deutscher Rüstungs-  
exporte 2013 bis 2017 (in Milliarden Euro)



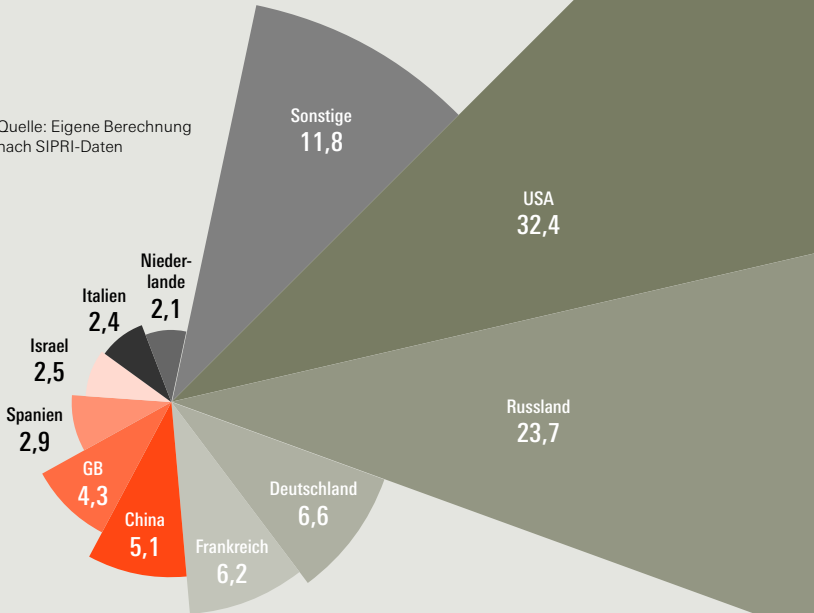


Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung

### Deutschland auf Platz 3

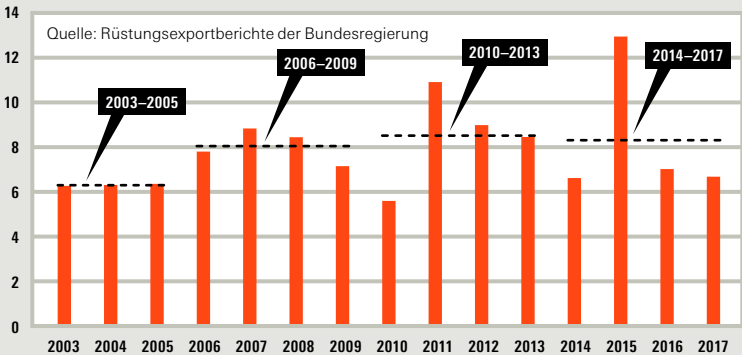
Anteil der zehn größten Exportländer am weltweiten Waffenverkauf (2008–2017 in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnung nach SIPRI-Daten



### Deutsches Spitzenjahr 2015

Deutsche Rüstungsexporte (in Milliarden Euro)



--- Durchschnittswert der jeweiligen Legislaturperiode



erscheint nicht wirklich logisch, wenn man gleichzeitig bereit ist, gemeinsam Krieg zu führen.

Andererseits war es nun ausgerechnet das NATO-Mitglied USA, das im letzten bekannt gewordenen Fall die deutschen Exportbestimmungen umgangen hat: Die Firma Sig Sauer mit Sitz in Schleswig-Holstein hat mehrere Tausend Pistolen in die USA geliefert, von dort wurden sie umgehend weiter nach Kolumbien geschickt – obwohl die USA eine Endverbleibserklärung abgegeben haben, der zufolge diese Waffen in den USA verbleiben und nicht weitergeleitet werden. Dort wurde also wissentlich und willentlich gegen das deutsche Genehmigungsrecht verstoßen. Insofern wäre es naiv anzunehmen, dass NATO-Staaten «sichere» Exportstaaten sind.

Auch das NATO-Land Türkei ist sehr kritisch zu sehen angesichts der Kriegsführung in den kurdischen Gebieten im eigenen Land und der völkerrechtswidrigen Angriffe in Syrien – die auch mit deutschen Leopard-Panzern geführt wurden.

23

Wenn Deutschland ein generelles Waffenexportverbot verabschieden würde, dann könnte und müsste es auch für NATO-Staaten gelten. Wenn diese Regelung für alle Länder gilt – so wie es in Japan viele Jahrzehnte der Fall war –, dann wären auch die politischen Konsequenzen innerhalb der NATO überschaubar, weil eben gerade nicht einzelne Länder anders behandelt werden würden als andere. Eine Regelung, die für alle gleichermaßen gilt, ist politisch viel leichter zu vermitteln als ein Exportverbot, das die einzelnen Länder unterschiedlich behandelt.

8

## **ALLES, WAS SCHWIMMT, GEHT**

Dieser Satz wird dem damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zugeschrieben. Seine Position beruhte auf der Idee, dass Kriegsschiffe kaum zu innenpolitischer Repression oder gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden könnten und deshalb keine Exportbeschränkungen gelten sollten.

## Was ist dran?

Ganz aktuell zeigt sich am Jemen-Krieg, dass das Argument schon faktisch nicht richtig ist: Eine Koalition aus arabischen Staaten mit Saudi-Arabien an der Spitze führt dort Krieg gegen die Huthi-Rebellen – mit dramatischen Folgen für die Zivilbevölkerung. Als Mittel des Krieges wird auch der Hunger eingesetzt: Durch eine massive Seeblockade verhindert die arabische Koalition, dass Lebensmittel und Hilfsgüter ins Land gelangen. In genau dieser Situation hat Deutschland Dutzende Patrouillenboote an Saudi-Arabien geliefert und sich damit mitschuldig am Leid der Menschen im Jemen gemacht.

Die eigentliche Begründung für diesen dummen Satz liegt in der großen Bedeutung der Kriegsschiffproduktion für die deutschen Werften. Es geht hier also vor allem um Geld, um Arbeitsplätze und um den Erhalt der wehrtechnischen Fähigkeiten. Das führt teilweise zu absurden Verrenkungen in der Argumentation der Regierungsparteien, denn eigentlich sind beschäftigungspolitische Argumente in den «Politischen Grundsätzen» der Bundesregierung für Rüstungsexporte ja ausgeschlossen (→ Argument 3). Als zum Beispiel der zuständige Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Jahr 2014 eine Grundsatzrede zu Rüstungsexporten hielt und strengere Regeln ankündigte, betonte er mehrfach, dass das Arbeitsplatzargument hier nicht gelten dürfen – um dann in der folgenden Diskussion darauf hinzuweisen, dass der Bau von Kriegsschiffen ja besonders in den Küstenregionen auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sei.

24

9

## **OHNE EXPORTE IST DIE WAFFENINDUSTRIE NICHT ÜBERLEBENSFÄHIG**

Gerade Vertreter\*innen der Industrie arbeiten oft mit der Behauptung, dass die deutsche Rüstungsindustrie schnell den technologischen Anschluss verlieren würde, wenn sie nur für den deutschen Markt produzieren dürfte. Der Bedarf bei Bundeswehr und Polizei sei viel zu klein, um die hohen Entwicklungskosten für neue Waffensysteme wieder einzuspielen.

## Was ist dran?

Hört sich logisch an, ist es aber nicht. Denn es gibt (1) andere Lösungen für die Umlage der Entwicklungskosten und (2) zeigt das Beispiel Japan, dass Waffenexporte keine Bedingung für eine hoch entwickelte Rüstungsindustrie sein müssen.

(1) Es spricht nichts dagegen, die Entwicklungskosten eines Waffensystems komplett auf genau die Stückzahlen umzulegen, die innerhalb Deutschlands abgenommen werden. Nehmen wir zum Beispiel das neue Sturmgewehr der Bundeswehr, das künftig das G36 als Standardgewehr ersetzen soll. Die Anzahl der bei der Bundeswehr benötigten Gewehre ist einfach zu ermitteln und damit auch die Höhe der Entwicklungskosten je Gewehr. Die wären natürlich niedriger, wenn Heckler & Koch (oder welche Waffenfirma auch immer das neue Gewehr produzieren wird) auch noch einige Hunderttausend dieser Gewehre ins Ausland verkaufen dürfte. Durch ein Exportverbot würde sich also der Stückpreis der Gewehre hier in Deutschland erhöhen. Aber wo ist das Problem? Ist das nicht ein Preis, den wir als Gesellschaft bereit sein müssen zu zahlen? Mal abgesehen davon, dass dem Frieden auch gedient wäre, wenn die Bundeswehr ein paar weniger Gewehre einkaufen würde: Wollen wir tatsächlich weiter die Welt mit deutschen Waffen fluten, nur um ein paar Euro zu sparen?

25

Außerdem darf man nicht vergessen, dass die Bundesregierung sehr viel Geld bereitstellt, damit neue Waffensysteme erforscht und entwickelt werden. Häufig werden die Entwicklungskosten gar nicht oder nur teilweise von den privaten Rüstungsfirmen, sondern vom Staat getragen. Oft auch mit der Folge, dass gescheiterte Entwicklungsprojekte – wie zum Beispiel die Überwachungsdrohne Euro Hawk – komplett auf Kosten der Steuerzahler\*innen gehen.

(2) Dass eine rein nationale Rüstungsindustrie durchaus überlebens- und entwicklungsfähig ist, zeigt das Beispiel Japan. Dort galt bis vor wenigen Jahren viele Jahrzehnte lang ein komplettes Exportverbot für Waffen. Trotzdem hat Japan in dieser Zeit eine eigene Waffenindustrie aufgebaut, die unter anderem eigene japanische Kampfpanzer, U-Boote und Raketensysteme entwickelt und produziert hat.



913

## EIN RÜSTUNGSEXPORTGESETZ UND ENDVERBLEIBSKONTROLLEN SIND DOCH EINE GUTE LÖSUNG

Insbesondere die Grünen fordern seit einigen Jahren ein Rüstungsexportgesetz, um die unverbindlichen «Politischen Grundsätze» der Bundesregierung zu ersetzen bzw. zu stärken. Endverbleibskontrollen oder sogenannte Post-Shipment-Kontrollen, die unter der letzten Regierung eingeführt wurden, sollen durch eine Überprüfung vor Ort *nach* dem Export sicherstellen, dass Waffen von den Empfängerländern nicht einfach weiterverkauft werden.

### Was ist dran?

Ein Rüstungsexportgesetz wäre eine gute Sache – aber es kommt drauf an, was drinsteht. Die Grundidee ist gut, denn momentan sind die «Politischen Grundsätze» nicht mehr als eine Willenserklärung der Bundesregierung, sie haben keinen rechtlich verbindlichen Charakter und jede Bundesregierung könnte jederzeit gegen sie verstoßen, ohne juristische Konsequenzen befürchten zu müssen. Ein Gesetz, das im besten Fall auch ein Verbandsklagerecht beinhaltet, würde es ermöglichen, Exportentscheidungen durch unabhängige Gerichte überprüfen zu lassen.

Aber es würde überhaupt nichts verändern, wenn die «Politischen Grundsätze» einfach nur in eine Gesetzesform überführt werden würden. Denn diese Grundsätze enthalten keine klaren Verbote, sie strotzen vor Hintertüren und Ausnahmeregelungen, am Ende wäre damit kaum ein Export juristisch angreifbar. Natürlich werden in den «Politischen Grundsätzen» auch sinnvolle Kriterien für die Bewertung von Waffenexporten genannt, zum Beispiel Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung. Aber das sind nur zwei von mehreren Kriterien, andere sind sicherheits- oder außenpolitische Interessen (→ Argument 3). In der Praxis werden all diese Kriterien gegeneinander abgewogen und am Ende verlieren regelmäßig die Menschenrechte.

Entscheidend wäre deshalb, ein Rüstungsexportgesetz so zu formulieren, dass es ausnahmslose Verbote gibt und eine klare Priorisierung zum Beispiel des Menschenrechtskriteriums. Dann und nur dann würde ein solches Gesetz einen tatsächlichen Fortschritt bringen.

Auch die Endverbleibskontrollen sind durchaus sinnvoll, aber sie ändern nichts am Grundproblem der deutschen Waffenexporte. Man könnte jetzt sagen, dass wir die ja gar nicht mehr brauchen, wenn es ein Exportverbot für Rüstungsgüter gibt – dann muss auch nichts mehr kontrolliert werden. Genau da wollen und müssen wir auf jeden Fall hinkommen, aber bis dahin wäre mit einer wirksamen Kontrolle des Endverbleibs schon etwas erreicht. So könnte eine Weitergabe an andere Akteure und damit das völlig freie Fluten deutscher Waffen auf dem Weltmarkt punktuell verhindert werden.

28

Wichtig ist, dass wirksame Endverbleibskontrollen ein generelles Verbot für den Export von Rüstungsgütern nicht ersetzen können. Denn auch sie können nicht verhindern, dass die Empfängerländer selbst die deutschen Waffen in Kriegen oder für eine innerstaatliche Unterdrückung einsetzen.

Und vor allem: Es gibt keine Garantie, dass die Regierung, die aktuell beliefert wird, auch in zehn oder zwanzig Jahren noch an der Macht sein wird – oder ob nicht ein völlig anderes Regime dann die deutschen Waffen im Widerspruch zu den früheren Absichten einsetzt oder weitergibt. Wie schnell das gehen kann, hat das Beispiel Iran gezeigt, der bis zur Islamischen Revolution 1979 großzügig mit deutschen Waffen versorgt worden ist.

Ob und wie solche Endverbleibskontrollen funktionieren, lässt sich heute noch nicht sagen. Im Prozess gegen Heckler & Koch vor dem Stuttgarter Landgericht sagte ein Zeuge des Wirtschaftsministeriums im Juli 2018 aus, dass die Regelung nur für sogenannte Kleinwaffen gelte, nicht aber für Panzer oder Kriegsschiffe. Bislang hätten gerade einmal drei oder vier solcher Vor-Ort-Kontrollen stattgefunden. Einmal habe sich ein Empfängerland verweigert, sei dann aber mit politischem Druck zum Einlenken bewegt worden.

## EINE SCHRAUBE MACHT NOCH KEINEN PANZER

Hinter dieser Argumentation steckt die Vorstellung, dass nicht alle Rüstungsgüter verboten werden sollten, sondern nur die «echten» Waffen, die direkt und unmittelbar töten können. Es wird in der deutschen Gesetzgebung unterschieden zwischen Kriegswaffen und «sonstigen Rüstungsgütern». Zu Letzteren gehören neben Zubehör- und Ersatzteilen alle anderen militärischen Dinge wie Uniformen oder Autos mit Tarnanstrich.

### Was ist dran?

Es macht keinen Unterschied, ob Deutschland eine Waffe direkt exportiert oder vielleicht nur die Software oder das Nachtsichtgerät liefert – am Ende werden diese Dinge im Krieg eingesetzt und sind mitverantwortlich für Zerstörung, Leid und Tod. Deshalb muss das Ziel ein generelles, gesetzlich verankertes Verbot von allen Rüstungsexporten sein, ohne jede Ausnahme.

Aber natürlich machen wir uns keine Illusionen: Ein generelles Verbot wird nicht über Nacht zu erreichen sein. Der erste und wichtigste Schritt dahin aber wäre ein Verbot des Exports von Kleinwaffen und von ganzen Waffenfabriken.

Kleinwaffen, das sind alle Waffen, die von einem Soldaten noch allein transportiert werden können, also Sturmgewehre, Panzerfäuste oder Handgranaten. Diese Waffen, so hat es Kofi Annan einmal gesagt, sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit.<sup>12</sup> Tatsächlich werden bis zu 90 Prozent aller Kriegspopfer nicht durch Raketen oder Panzer getötet, sondern durch Kleinwaffen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> United Nations Small Arms Review Conference 2006 – UNDPI backgrounder, unter: [www.un.org/events/smallarms2006/pdf/backgrounder.pdf](http://www.un.org/events/smallarms2006/pdf/backgrounder.pdf). <sup>13</sup> UNICEF: Kleinwaffen – eine weltweite Bedrohung, Köln 2006, unter: [www.unicef.de/blob/9028/8/200a01ec3cd55e3bccd246703315e59/i0068-kleinwaffen2006-02-pdf-data.pdf](http://www.unicef.de/blob/9028/8/200a01ec3cd55e3bccd246703315e59/i0068-kleinwaffen2006-02-pdf-data.pdf).

Zudem sind Kleinwaffen extrem mobil und haben eine lange Lebenszeit, weshalb sie über viele Jahrzehnte in immer neuen Konfliktgebieten eingesetzt werden können. Auch das macht sie so besonders gefährlich. Gerade aus der Perspektive der Opfer ist ein Kleinwaffenexportverbot dringend notwendig. Deutschland zählt bei den Klein- und Leichtwaffen zu den wichtigsten Lieferanten weltweit.<sup>14</sup>

Ähnlich wichtig und dringend ist ein Verbot des Exports von Waffenfabriken, die schlüsselfertig samt Maschinen, Fertigungsunterlagen und Trainings verkauft werden. Ist eine Fabrik erst einmal aufgebaut, kann das entsprechende Land über viele Jahrzehnte die entsprechende Waffe oder Munition selbst produzieren. Der Verbleib dieser Waffen lässt sich gar nicht mehr kontrollieren – auch und gerade nicht, wenn sich die politische Situation im Empfängerland komplett verändert hat. So hat die Bundesrepublik in den 1960er Jahren zum Beispiel eine komplette G3-Sturmgewehr-Fabrik an den Iran als damals wichtigen Bündnispartner geliefert. Heute würde man wohl sagen, ein wichtiger «Stabilitätsanker». Auch nach der Islamischen Revolution 1979 produzierte die Fabrik munter weiter – bis heute. Der Export kompletter Waffenfabriken bedeutet totalen Kontrollverlust über die damit hergestellten Waffen.

So wichtig ein Exportverbot von Kleinwaffen und Waffenfabriken auch wäre – es sind nur erste Schritte hin auf dem Weg zu einem kompletten Exportverbot aller Waffensysteme und Rüstungsgüter.





9B

## WIE LÄUFT DAS AB?

### Deutsche Waffen für den Export: Das Genehmigungsverfahren in Deutschland

#### Antragstellung

Anträge auf Rüstungsexporte werden von den deutschen Rüstungsfirmen gestellt, nicht etwa von den importierenden Ländern. Sobald eine deutsche Firma einen möglichen Verkauf in ein anderes Land angebahnt hat, stellt sie einen Antrag bei den Genehmigungsbehörden für eine konkrete Anzahl von Rüstungsgütern in ein bestimmtes Land. Es gilt das Prinzip der Einzelfallentscheidung: Für jede Lieferung bzw. für jedes Geschäft muss ein neuer Antrag eingereicht werden. So erklärt sich auch die hohe Zahl von weit über 10.000 Anträgen auf Rüstungsexporte pro Jahr in Deutschland.

Immer muss auch eine sogenannte Endverbleibserklärung mit dem Antrag eingereicht werden. Diese Erklärung wird vom Empfängerland abgegeben, darin wird zugesichert, dass die Rüstungsgüter auch in diesem Land verbleiben und nicht an ein anderes Land weitergegeben werden.

#### Anträge für Kriegswaffen

Im deutschen Exportrecht wird unterschieden zwischen «Kriegswaffen» und «sonstigen Rüstungsgütern». Der Umgang mit Kriegswaffen wird im Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG)<sup>15</sup> geregelt. Dort gibt es zwar keine eigene Regelung für Exporte, allerdings braucht es eine KWKG-Genehmigung für den Transport innerhalb Deutschlands zum Zwecke der Ausfuhr. Das KWKG folgt der Logik, dass alles verboten ist, es sei denn, die Bundesregierung genehmigt es.

Was genau eine Kriegswaffe ist, legt die Kriegswaffenliste fest. Grob gesagt sind dies alle Dinge, die unmittelbar zur Kriegsführung nutzbar sind, also komplette Waffen wie Sturmgewehre, Kampfhubschrauber, Panzer oder Raketen.

Der Antrag für den Export einer Kriegswaffe muss direkt beim Wirtschaftsministerium (BMWi) eingereicht werden. Das BMWi holt zusätzlich noch die Meinung vom Auswärtigen Amt und vom Verteidigungsministerium ein. Wenn alle drei Ministerien zustimmen, wird die Genehmigung erteilt. Falls es unterschiedliche Voten zwischen den Ministerien gibt, wird der Antrag auf der Ebene der Staatssekretär\*innen und gegebenenfalls sogar im Bundessicherheitsrat behandelt.

Neben der KWKG-Genehmigung braucht der Export von Kriegswaffen zusätzlich noch eine Genehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz. Die folgt zeitlich aber nach der KWKG-Genehmigung, und in der Regel wird keine zweite inhaltliche Prüfung mehr vorgenommen, sondern es wird der Entscheidung der KWKG-Genehmigung gefolgt.

### **Anträge für sonstige Rüstungsgüter**

Darunter fallen alle militärischen Dinge, die keine Kriegswaffe sind, zum Beispiel Software, Schutzanzüge, Nachtsichtgeräte, Radaranlagen oder antimagnetische Küchen für Kriegsschiffe. Die Genehmigung sogenannter sonstiger Rüstungsgüter erfolgt nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG). Dies folgt einer anderen Logik als das KWKG, hier gilt, dass Exporte grundsätzlich erlaubt und nur unter bestimmten Bedingungen zu beschränken sind. Anträge nach dem AWG werden an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt.

### **Die «Politischen Grundsätze»**

Weder im KWKG noch im AWG sind konkrete Kriterien genannt, nach denen ein Exportantrag bewertet und genehmigt bzw. abgelehnt wird. Diese Lücke wird in Deutschland vor allem durch die «Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern» geschlossen. Sie haben keinen Gesetzescharakter, sondern sind nur eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung. Sie wurden von der rot-grünen Regierung im Jahr 1999 formuliert und sind seitdem von jeder nachfolgenden Bundesregierung übernommen worden.

In den «Politischen Grundsätzen» sind verschiedene Kriterien formuliert, die als Maßstab für die Genehmigungsbehörden bei ihren Entscheidungen über Ausfuhranträge gelten. Problematisch ist, dass kein Kriterium absolut, also als Ausschlusskriterium gilt, sondern die verschiedenen Kriterien in der Praxis gegeneinander abgewogen werden – mit der Folge, dass das Menschenrechtskriterium fast immer gegen Sicherheitsinteressen oder andere Prioritäten verliert.

### **Voranfragen**

Eine Besonderheit sind die Voranfragen, die einen informellen Charakter haben und weder durch die «Politischen Grundsätze» noch gesetzlich geregelt sind. Sie werden bei besonders großen Aufträgen eingesetzt, um den Waffenfirmen bereits während der Vertragsverhandlungen eine Sicherheit zu geben, dass der Deal auch stattfinden kann. Voranfragen werden an das Auswärtige Amt gestellt, das dem Antragsteller dann gegebenenfalls mitteilt, dass unter den heutigen Bedingungen dieser oder jener Waffenexport genehmigungsfähig erscheint. Die Bundesregierung legt großen Wert auf die Feststellung, dass eine positiv beschiedene Voranfrage keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Genehmigung nach dem KWKG oder dem AWG begründet. Allerdings ist kein einziger Fall aus den letzten Jahren bekannt, in dem nach einer positiv beschiedenen Voranfrage später eine formelle Genehmigung nach KWKG oder AWG verweigert worden wäre. Wichtig ist hier zudem, dass Voranfragen nicht in den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung aufgeführt werden. Auch parlamentarische oder andere Anfragen zu Voranfragen werden nicht beantwortet. Obwohl es hier um die besonders großen (und heiklen) Exportvorhaben geht, herrscht ausgerechnet bei den Voranfragen die größte Intransparenz seitens der Bundesregierung.

34

## **Waffenexporte in Zahlen**

### **Deutschland im weltweiten Vergleich**

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Das ergeben die Zahlen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). SIPRI erfasst seit vielen Jahren Im- und Exporte der wichtigsten konventionellen Waffen weltweit. Die SIPRI-

Datenbank ist die solideste Quelle für einen internationalen Vergleich von Waffenexporten.<sup>16</sup>

In den letzten Jahren schwankten die Zahlen etwas, weil China und Frankreich auch kräftig exportierten, aber über die letzten zehn Jahre gerechnet ist Deutschland weltweit die Nummer drei mit 6,6 Prozent aller Waffenexporte (→ Infografik, S. 19). An erster Stelle stehen mit weitem Abstand die USA (32,4 Prozent aller Waffenexporte), gefolgt von Russland (23,7 Prozent).

### **Tabelle 1: USA vor Russland**

Entwicklung der Waffenexporte der zehn größten waffenexportierenden Länder weltweit (gemäß TIV-Index)<sup>17</sup>

|                       | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015  | 2016  | 2017  | Total |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------|-------|-------|-------|-------|
| <b>USA</b>            | 6828 | 6912 | 8063 | 9087 | 9122 | 7660 | 9656 | 10048 | 10304 | 12394 | 90074 |
| <b>Russland</b>       | 6232 | 4969 | 6091 | 8568 | 8283 | 7805 | 5224 | 5608  | 6937  | 6148  | 65865 |
| <b>Deutschland</b>    | 2380 | 2521 | 2725 | 1351 | 847  | 738  | 1774 | 1769  | 2535  | 1653  | 18293 |
| <b>Frankreich</b>     | 2007 | 1929 | 897  | 1758 | 1035 | 1492 | 1697 | 2077  | 2278  | 2162  | 17332 |
| <b>China</b>          | 649  | 1140 | 1479 | 1253 | 1509 | 2006 | 1152 | 1832  | 2192  | 1131  | 14343 |
| <b>Großbritannien</b> | 967  | 1050 | 1151 | 1025 | 899  | 1580 | 1645 | 1149  | 1365  | 1214  | 12044 |
| <b>Spanien</b>        | 602  | 951  | 263  | 1429 | 546  | 728  | 1050 | 1163  | 507   | 814   | 8052  |
| <b>Israel</b>         | 349  | 737  | 655  | 541  | 461  | 426  | 399  | 727   | 1433  | 1263  | 6993  |
| <b>Italien</b>        | 422  | 512  | 537  | 944  | 747  | 867  | 683  | 711   | 670   | 660   | 6754  |
| <b>Niederlande</b>    | 446  | 495  | 371  | 546  | 863  | 367  | 631  | 464   | 471   | 1167  | 5822  |

Quelle: SIPRI

### **Die deutschen Rüstungsexporte**

Seit 1999 veröffentlicht die Bundesregierung jedes Jahr einen Rüstungsexportbericht.<sup>18</sup> Darin sind umfassende Zahlen und einige Details zu den Genehmigungen von Rüstungsexporten innerhalb eines Jahres aufgeführt. Die Tabelle 2 auf Seite 37 gibt

**16** «Arms Transfer Database» des Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI, unter: [www.sipri.org/databases/armstransfers](http://www.sipri.org/databases/armstransfers). **17** Um eine Vergleichbarkeit herzustellen, verwendet SIPRI eine eigene Berechnung für den Wert jedes Waffenexports. Dieser Wert, der sich aus bekannten Produktionskosten von Waffensystemen und anderen Faktoren ergibt, wird von SIPRI in sogenannten TIVs gemessen: Trend Indicator Values. Die oben stehenden Zahlen bezeichnen also keine US-Dollar oder Euro, sondern TIVs. Nur mit dieser Methodik ist SIPRI überhaupt in der Lage, die weltweiten Waffentransfers auf einer einheitlichen Basis vergleichbar zu machen. Eine genauere Beschreibung der TIVs findet sich unter: [www.sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables](http://www.sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables). **18** Alle Rüstungsexportberichte der Bundesregierung können hier heruntergeladen werden: [www.waffenexporte.org/category/gesetze-normen/](http://www.waffenexporte.org/category/gesetze-normen/).

einen Überblick über die Gesamtzahlen der Genehmigungen in den vergangenen 15 Jahren. Dabei muss Folgendes berücksichtigt werden:

- Die Bundesregierung unterscheidet zwischen EU- und NATO-Staaten<sup>19</sup> auf der einen Seite und sogenannten Drittstaaten auf der anderen Seite. Laut den «Politischen Grundsätzen» der Bundesregierung sollten Kriegswaffenexporte in Drittstaaten nur ausnahmsweise erfolgen. Die Zahlen in Tabelle 2 zeigen allerdings, dass seit einigen Jahren mehr Rüstungsgüter in Drittstaaten gehen als in EU- oder NATO-Staaten.
- Die Zahlen können von Jahr zu Jahr erheblichen Schwankungen unterworfen sein. Manchmal liegt das schlicht an der Rechnungsweise der Bundesregierung – so sind die Sammelgenehmigungen im Jahr 2010 sehr niedrig ausgefallen, weil es dort Computerprobleme gab, sie sind dann im Jahr 2011 mitberechnet worden. Manchmal werden die Zahlen in einem Jahr durch mehrere große Exportprojekte in die Höhe getrieben. Für eine bessere Vergleichbarkeit der verschiedenen Regierungen lassen sich Durchschnittswerte der jährlichen Genehmigungen für die jeweilige Legislaturperiode bilden (→ Infografik, S. 22).
- Neben den Einzelgenehmigungen, bei denen jeweils ein konkretes Exportvorhaben in ein bestimmtes Land beantragt und genehmigt wird, gibt es auch noch Sammelausfuhrgenehmigungen, mit denen Rüstungsfirmen diverse Rüstungsgüter in verschiedene Länder ausführen können, ohne jedes Mal eine Einzelgenehmigung zu beantragen. Die Gesamtzahl aller genehmigten Rüstungsexporte in einem Jahr ergibt sich aus der Summe aller Einzel- und Sammelgenehmigungen. Dies ist deshalb wichtig zu betonen, weil die Bundesregierung in ihren Presseveröffentlichungen gern die Sammelgenehmigungen unterschlägt, um die Zahlen kleinzurechnen.

**Tabelle 2: Genehmigte Rüstungsexporte 2003 bis 2017  
(in Milliarden Euro)**

| Jahr | Einzelausfuhr-<br>genehmigungen<br>(Mrd. Euro) | Drittländer | Anteil<br>Drittländer an<br>Einzelgenehm. | Sammelausfuhr-<br>genehmigungen<br>(Mrd. Euro) | Gesamt<br>(Einzel- plus<br>Sammelgen.) |
|------|--|-------------|---|--|--|
| 2003 | 4,864  | 1,612       | 33%                                       | 1,3  | 6,16                                   |
| 2004 | 3,807  | 1,080       | 28%                                       | 2,4  | 6,2                                    |
| 2005 | 4,216  | 1,655       | 39%                                       | 2,033  | 6,25                                   |
| 2006 | 4,189  | 1,151       | 27%                                       | 3,496  | 7,69                                   |
| 2007 | 3,668  | 1,230       | 34%                                       | 5,053  | 8,72                                   |
| 2008 | 5,788  | 3,141       | 54%                                       | 2,546  | 8,33                                   |
| 2009 | 5,043  | 2,492       | 49%                                       | 1,996  | 7,04                                   |
| 2010 | 4,754  | 1,383       | 29%                                       | 737  | 5,49                                   |
| 2011 | 5,414  | 2,298       | 42%                                       | 5,38   | 10,79                                  |
| 2012 | 4,704  | 2,603       | 55%                                       | 4,17   | 8,87                                   |
| 2013 | 5,845  | 3,604       | 62%                                       | 2,49   | 8,34                                   |
| 2014 | 3,974  | 2,404       | 60%                                       | 2,545  | 6,51                                   |
| 2015 | 7,859  | 4,621       | 59%                                       | 4,96   | 12,82                                  |
| 2016 | 6,848  | 3,668       | 54%                                       | 0,059  | 6,91                                   |
| 2017 | 6,242  | 3,795       | 61%                                       | 0,325  | 6,57                                   |

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung

### **Empfängerländer deutscher Waffen**

Dem deutschen Waffenexport sind kaum Grenzen gesetzt. Im Jahr 2017 wurden Exportgenehmigungen in 128 Länder erteilt, 2016 waren es 127 Länder.<sup>20</sup> Interessant sind vor allem die Top 10 der deutschen Rüstungsempfänger: Neben den engsten Verbündeten Deutschlands – USA und Großbritannien – finden sich dort nur sogenannte Drittstaaten, wenn wir die letzten fünf Jahre betrachten. Angeführt wird diese Liste von Algerien, die in den letzten Jahren sowohl Kriegsschiffe als auch ganze Panzerfabriken in Deutschland gekauft haben. Mit unter den Top 10 sind auch Israel, Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate (→ Infografik, S. 20 f.).

Detaillierte Informationen darüber, was jeweils in die einzelnen Länder über die Jahre geliefert wurde, finden sich auf der Web-

<sup>20</sup> Berechnet aus den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung.

site waffenexporte.org, auf der die Daten aus den Rüstungsexportberichten nach Ländern zusammengefasst sind.

## **WAS TUN? WIDERSTAND IST MÖGLICH!**

Auch wenn gerade die Rüstungsindustrie oft als übermächtiger und unantastbarer Gegner erscheint – sie ist alles andere als unverwundbar. Im Gegenteil: Seit Jahren werden immer mehr Skandale aufgedeckt und die Proteste werden immer lauter. In der «Aktion Aufschrei» sind viele große und kleine Initiativen aktiv und erhöhen, auch mit kreativen Aktionen, den Druck auf die Regierungsparteien.

All das beginnt, Wirkung zu zeigen. Es zeigen sich erste Risse in den konservativen Parteien. Wer hätte denn vor wenigen Jahren gedacht, dass eine Koalition aus SPD und Union sich auf eine Regelung einigen würde, nach der es keine Neuzulassungen von Waffenexporten an die Staaten geben wird, die im Jemen Krieg führen. Ja, diese Bestimmung ist mehr als löchrig, und die neue Regierung sucht bereits nach allen möglichen Schlupflöchern, um sie auszuhebeln. Aber die Tatsache, dass eine solche Regelung überhaupt Eingang in einen konservativen Koalitionsvertrag gefunden hat, lässt aufhorchen.

Auch auf anderen Ebenen gerät die Waffenindustrie unter Druck. So stehen seit Mai 2018 mehrere ehemalige Manager von Heckler & Koch wegen möglicher illegaler Waffenverkäufe nach Mexiko in Stuttgart vor Gericht. Gegen den direkten Konkurrenten Sig Sauer wurde im April 2018 Anklage erhoben, dort geht es um illegale Exporte über den Umweg USA nach Kolumbien. Nach vielen Jahren des Protests, im Parlament und außerhalb, nach unzähligen Skandalen und einer weiterhin hohen Medienaufmerksamkeit kommt langsam etwas in Bewegung.

Gerade an den Rüstungsexporten könnte sich eine neue, breite Bewegung für Frieden und Abrüstung entzünden. Die Friedensbewegung, die in den 1980er Jahren in Westdeutschland sehr stark war, hat momentan große Schwierigkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Nur selten gelingt es, viele Menschen für Aktivitä-



ten zu mobilisieren – und dann meist auch nur zu sehr akuten Anlässen wie beispielsweise dem Irak-Krieg 2003. Aber bei den Rüstungsexporten gibt es so viele lokale Anknüpfungspunkte für Diskussionen, Proteste und Aktionen. Rüstungsfirmen gibt es überall in Deutschland, die Waffen werden über diverse Häfen und Flughäfen in alle Welt transportiert.

Ganz praktisch hat jede und jeder von uns viele Möglichkeiten, jetzt aktiv zu werden:

- Mitmachen bei der «Aktion Aufschrei», die in vielen Orten der Republik regelmäßig Aktivitäten organisiert. Unter [www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de) finden sich vielfältige Möglichkeiten zum Mitmachen.
- Veranstaltungen selbst organisieren, um über die örtliche Rüstungsindustrie und/oder die Politik der lokalen Bundestagsabgeordneten zu informieren. In einigen Städten haben sich bereits Bürgerinitiativen gegen den Waffenhandel gegründet.
- Auch auf lokaler Ebene mehr Transparenz einfordern. Bis heute ist zum Beispiel nicht bekannt, wie viele und welche Waffen über die Häfen in Hamburg, Bremen oder anderswo exportiert werden – obwohl die jeweiligen Landesregierungen das sehr wohl wissen oder wissen könnten.
- Sich in der eigenen Gewerkschaft und Kirche für eine klare Haltung gegen Rüstungsexporte einsetzen, denn darüber wird sich der Druck auf die Regierungsparteien massiv erhöhen. Am Ende wird es der Bundestag sein, der über ein Verbot von Waffenexporten zu entscheiden hat.
- Auch ganz private Entscheidungen können helfen. Zwar gibt es kaum Hersteller von Rüstungsgütern, die auch Produkte für Endverbraucher\*innen herstellen – aber viele Geldanlagen oder Fonds investieren auch in die Rüstungsindustrie. Fragen Sie Ihre Bank – oder wechseln Sie sie.

## **Impressum**

luxemburg argumente Nr. 16

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: November 2018

**Autor:** Jan van Aken

**Redaktion:** Henning Heine, Henning Obens

**Illustrationen:** Maik Brummundt

**Infografiken:** Juliane Bräuer, Heike Schmelter

**Lektorat:** TEXT-ARBEIT, Berlin

**Satz/Herstellung:** MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

# AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Anna Schiff

## **IST DOCH EIN KOMPLIMENT ...**

**Behauptungen und Fakten  
zu Sexismus**

luxemburg argumente Nr. 9

3., überarbeitete Auflage

November 2018

44 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:

[www.rosalux.de/publikation/id/8932](http://www.rosalux.de/publikation/id/8932)



Andrej Holm

## **MUSS WOHNEN IMMER TEURER WERDEN?**

**Mythen und Behauptungen  
über Wohnen, Miete, Kaufen**

luxemburg argumente Nr. 15

Juni 2017

48 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:

[www.rosalux.de/publikation/id/37487](http://www.rosalux.de/publikation/id/37487)

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

